



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 83
Fernschreiber 0836290

Z/XV/253 - 4. November 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"Synagoga"</u> Eine begrüßenswerte Ausstellung in Recklinghausen	19
1	<u>Ein Fachmann musste gehen</u> Zur Nicht-Bestätigung der Wiederwahl des Intendanten Hartmann	23
2 - 3	<u>Fortsetzung oder Ende der Seiltänzerrei?</u> Zur diplomatischen Aktivität auf dem Balkan Von Dr. Basil Mathiopoulos	76
4	<u>Beachtliche Leistung</u> Hessen vorbildlich bei Industriensiedlung auf dem Lande	48
5 - 6	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten	
	<u>München - alte Stadt in neuer Pracht</u> Von Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel	64

* * *
* *

"Synagoga"

sp - In der Recklinghauser Kunsthalle werden jetzt über 700 jüdische Kunstwerke ausgestellt, die einen umfassenden Einblick in die künstlerische Gestaltungskraft, das religiöse und kulturelle Leben des jüdischen Volkes bieten. Es ist gut, dass diese Ausstellung in der Bundesrepublik stattfindet. Die nach 1933 herangewachsenen Generationen in Deutschland wissen wenig oder gar nichts von der grossen geistigen Leistung des jüdischen Volkes; sie haben alles, was das Judentum angeht, fast ausnahmslos als Zerrbild der Kanailienpropaganda des Nationalsozialismus kennengelernt. Wer jetzt das richtige Bild jüdischer Kultur in sich aufnehmen will, dem ist dazu in Recklinghausen Gelegenheit geboten. Die Ausstellung ist bis zum 15. Januar 1961 geöffnet. Es wäre vielleicht gut, wenn man bis dahin interessierte Mitglieder von Jugendorganisationen, Schulklassen und auch Vereinigungen der Studentenschaft die Möglichkeit sehen würde, die Sammlung des jüdischen Kunst- und Kulturschaffens zu sehen. Manche Vorurteile, die durch falsche Darstellungen erzeugt wurden, könnten sicher auf diese Weise überwunden werden. Den Organisatoren der Ausstellung aber gebührt der Dank für ihre grosse Leistung, die dazu beitragen möge, das Verständnis in unserem Volke für das Judentum zu wecken und zu vertiefen.

+ + +

Ein Fachmann musste gehen

sp - Der Rundfunkrat des WDR hat gestern mit 11 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung die Bestätigung der Wiederwahl des langjährigen WDR-Intendanten Hanns Hartmann verweigert. Darin ist von der CDU-Mehrheit dieses Gremiums aus rein parteipolitischen Gründen ein Mann in die Wüste geschickt worden, dessen fachliche Qualifikation von keiner Seite bestritten werden kann.

Hartmann gehört möglicherweise zu denjenigen Persönlichkeiten, die gelegentlich als "schwierig" bezeichnet werden. Seine überragenden fachlichen Fähigkeiten hat er aber in einer über zehnjährigen Tätigkeit beim Wiederaufbau des neuen deutschen Rundfunks unter Beweis gestellt. Seiner Initiative und Tatkraft ist es mit zu verdanken, dass sich der Rundfunk aus dem Chaos unmittelbar nach dem Zusammenbruch wieder zu dem jetzt erreichten beachtlichen Qualitätsniveau entwickeln konnte.

Wenn sich die CDU trotz dieser allgemein anerkannten Qualifikationen entschlossen hat, diesem verdienstvollen Mann den Fußtritt zu versetzen, dann zeugt das von einer Engstirnigkeit und Intoleranz, die erschrecken muss. In Köln ist aber darüber hinaus wieder einmal demonstriert worden, dass die CDU entschlossen ist, auf dem Gebiet der Publizistik die entscheidenden Positionen mit Leuten zu besetzen, die bedingungslos den in Bonn ausgegebenen Parolen folgen. Die systematische Verdrängung unabhängiger und nicht parteigebundener Fachleute von den entscheidenden Positionen der Publizistik und die Besetzung dieser Stellen mit weitaus weniger erfahrenen, aber umso willfährigeren Leuten deutet an, wohin die Reise geht.

+ + +

Fortsetzung oder Ende der Seiltänzerrei?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Etwas unbemerkt in großen Weltgeschehen, in der internationalen Bedeutung jedoch nicht zu unterschätzen, sind augenblicklich einige Ereignisse im Südosten Europas, die die diffuse Konstellation der Kräfte auf dem Balkan beeinflussen können.

Die erste Tatsache ist der offizielle Besuch des türkischen Außenministers Selim Sarper am 20. und 21. Oktober in Athen gewesen. Es war dies die erste direkte Fühlungnahme auf Regierungsebene zwischen Griechenland und der Türkei nach dem turbulenten Regimewechsel in Ankara.

Als zweiten Akt kann man die für Anfang November in Athen geplanten griechisch-bulgarischen Besprechungen ansehen. Auf der Tagesordnung stehen die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Bereinigung der anstehenden Reparationsfragen.

Punkt drei und gleichsam abrundendes Endglied der sich abzeichnenden neuen Kontaktsuche ist das Interview, das der bulgarische Ministerpräsident Sinkow am 24. Oktober der "New York Times" gewährte, in dem der Wunsch Sofias nach Beziehungen zu Ankara geäußert wurden.

Die türkisch-griechischen Besprechungen in Athen haben ergeben, daß die Verbindung Athen-Ankara unabhängig von den unglücklichen Ereignissen und Spannungen der letzten fünf Jahre - man denke nur an den Zypernkonflikt - für beide Länder eine unabdingbare Notwendigkeit bildet. Das fordert der nationale Selbstverhaltungsdrang und der damit gekoppelte Aspekt, daß nur durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Griechenland und der Türkei das entscheidende Glied der Verteidigungskette an der Südflanke der NATO der dauernden Belastung gewachsen ist. Nicht zuletzt wäre dieses Zusammengehen ein bedeutender Beitrag zu einer Politik des Gleichgewichts der Kräfte, da sich so nicht leicht Ansatzpunkte für Fremdmächte ergäben, den Hebel für ihre Zwecke anzusetzen.

Es entspricht also den Lebensinteressen beider Völker, wenn die Regierungen den Wunsch hegen, die Freundschaft zwischen ihren Ländern zu vertiefen, denn nach der Beilegung der Zypernfrage könnte so ein dauerhaftes Fundament für eine analoge Außenpolitik gelegt werden. In dieser Hinsicht wurde eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten über die Stellung des Balkan innerhalb eines weitverasteten Problemkomplexes festgestellt. Wichtig ist, daß beide Regierungen Maßnahmen zur Verbesserung

der Lage der Minderheiten in ihren Ländern planen. Bekanntlich leben in Konstantinopel 100 000 Griechen, in Smyrna 40 000 während in Westthrazien 100 000 Türken wohnen. Konkrete Abmachungen wurden allerdings offiziell nicht bekanntgegeben. Eines läßt sich jedoch sagen: Der Besuch bildet einen vielversprechenden Ansatzpunkt für eine Zeit der Entspannung und für die Hoffnung, daß beide Regierungen sich künftig in heiklen Fragen einer vorsichtigen Haltung befleißigen werden. Es wird zweifellos viele Durchgangsstadien brauchen, bis alle undurchsichtigen Nebelschleier beseitigt sein werden. Auf türkischer Seite ist unter Gürsel ein klarer aufrichtiger Kurs festzustellen, der andere Voraussetzungen für das künftige griechisch-türkische Verhältnis bietet als zur Zeit des Regimes Menderes.

Der gleiche neue Wind läßt sich in den Beziehungen Griechenland zu Bulgarien erkennen. Bis jetzt beruhten die diplomatischen Verbindungen zwischen Athen und Sofia lediglich auf dem gegenseitigen Austausch von Geschäftsträgern. Grundsätzlich verlangte Griechenland für eine endgültige Abschaffung des Kriegszustandes zwischen beiden Ländern, daß Bulgarien die konventionellen Verpflichtungen gegenüber den griechischen Nachbarn, die ihm im Friedensvertrag von 1947 auferlegt worden waren, endlich erfülle. Nach Artikel 21 dieses Vertrages hat Griechenland einen Reparationsanspruch von 45 Millionen Dollar nach dem internationalen Wechselkurs von 1938. Bis jetzt sind die Bulgaren dieser Verpflichtung in keiner Weise nachgekommen. Ebenfalls hatte Sofia nicht die Anzahlung in Höhe von 4,5 Millionen Dollar geleistet, die griechischerseits als Zeichen des guten Willens und als Voraussetzung für Gespräche über den weiteren Zahlungenodus und als Grundlage zur Normalisierung der Lage zwischen beiden Ländern gefordert wurden. Die Bulgaren beriefen sich im Gegenteil auf noch offenstehende gegenseitige Vorkriegsschulden. Unkeinen Vorwand zu geben hat Athen sich nun bereit erklärt, Verhandlungen zu führen ohne vorher Bedingungen zu stellen. Die Besprechungen werden in der ersten Monatshälfte des November in Athen stattfinden. Soviel läßt sich bereits voraussagen, daß sie zu einem Austausch von Botschaftern zwischen beiden Ländern führen werden.

Die Äußerung des bulgarischen Ministerpräsidenten, daß Sofia engere Beziehungen zu Ankara zu knüpfen wünscht, beweist das Interesse Moskaus, in den kommenden Monaten, in denen besonders in Mitteleuropa weittragende Ereignisse zu erwarten sind, die von jeher so verwundbare Achillesverse am Bosphorus ungestört pflegen zu können. Vielleicht wurde diese Geste nicht zuletzt durch die Kopfschmerzen ausgeöst, die die Haltung Albanien vor der V.N. dem Krenlehn bereitete, der natürlich alles versuchen wird, den prochinesischen Kurs Albanien zu lokalisieren. + + + - 4 -

Beachtliche Leistung

ED - Arbeitskräfte sind heute sehr rar; ihr Mangel hindert manches Wirtschaftsunternehmen daran, seine Kapazität zu erweitern. Noch so verlockende Stellenangebote bleiben ohne Echo. Trotzdem ließe sich eine ganze Anzahl von Anwärtern auf die freien Stellen finden, wenn ihrer Bewerbung nicht ein entscheidendes Hindernis in Wege wäre: sie wohnen auf dem Land, wogegen die Fabriken die neue Mitarbeiter suchen, ihren Standort meist in einem industriellen Ballungsgebiet haben.

Aber warum soll die Industrie nicht aufs Land ziehen? Diese Frage ist nicht so neu, und man hat schon vor Jahren in Hessen darauf eine Antwort gefunden. Zunächst waren es meist Flüchtlingsbetriebe, die in den ländlichen Bezirken Hessens neue Produktionsstätten gründeten und zahlreiche Heimatvertriebenen, aber auch der eingewanderten Bevölkerung eine sichere Existenzgrundlage boten. Heute ist die Neugründung von Flüchtlingsbetrieben im wesentlichen abgeschlossen, die Industrieansiedlung auf dem Lande aber geht weiter, denn in zunehmendem Maße finden große und mittlere Unternehmen daran Geschmack, Zweigbetriebe auf dem flachen Land zu errichten. Dabei sind es nicht einmal nur hessische Firmen, die Interesse bekunden, sondern auch Werke aus anderen Bundesländern und sogar aus dem Ausland.

Die Vorteile der Industrieansiedlung auf dem Lande liegen auf der Hand. Die Wirtschaftskraft der Landkreise und der Lebensstandard ihrer Bewohner können wesentlich gesteigert werden. Gleichzeitig nimmt das kulturelle und geistige Gefälle zwischen Stadt und Land ab, wodurch wiederum der Landflucht Einhalt geboten werden kann. Vor allem aber erlauben die Einnahmen aus der Gewerbesteuer den Gemeinden die Verwirklichung wichtiger kommunaler Vorhaben.

Ohne bestimmte Voraussetzungen ist allerdings die Ansiedlung eines oder mehrerer Industriebetriebe nicht möglich. Das Industriegelände gehört zunächst erschlossen, das bedeutet: Bau von Straßen von Energie- und Wasserversorgung und Beseitigung der Abwässer.

Das sind große Aufgaben, vor die eine Gemeinde auf einmal gestellt wird, und sie erfordern ein beträchtliches Kapital. Damit aber die Ansiedlung eines Industriewerks nicht scheitern muß, weil eine Gemeinde nicht die notwendigen Bedingungen schaffen kann, gewährt die Hessische Landesregierung Förderungskredite und Zuschüsse. Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn sagte dazu in seiner letzten Regierungserklärung: "Unsere Aufgabe sollte sich möglichst darauf beschränken, den Anreiz zu geben und die Voraussetzungen zur Entwicklung neuer wirtschaftlicher Kräfte zu schaffen. Staatliche Kredite und Bürgschaften sind grundsätzlich nur vertretbar, um neue Betriebe anzusiedeln oder vorhandene zu erweitern."

Der hessische Staat verzichtet zwar heute auf eine direkte Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte, aber er gewährte zwischen 1949 und 1959 rund 307 Millionen DM allein an Staatsbürgschaften für Kredite und für 128 Millionen DM Staatskredite, die der Ansiedlung neuer Betriebe sowie dem Ausbau und der Festigung bereits bestehender Industrieanlagen zugute kamen.

München - alte Stadt in neuer Pracht

Von Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel

Wenn man den Wiederaufbau der deutschen Städte schildern will, muß man sich zuerst in die Erinnerung zurückrufen, wie es 1945 nach dem großen Zusammenbruch ausgesehen hat: München hatte in rund 70 Luftangriffen viel von seiner Substanz verloren. Mit 40 Prozent Zerstörung war es eine der schwerbeschädigten Städte Bayerns. Unzählige kulturelle Werte und viele, für die Bevölkerung lebenswichtigen Einrichtungen wurden vernichtet. Hier nur einige Beispiele aus der Stadtverwaltung: 18 Schulhäuser und 3/4 der Krankbetten ganz zerstört, von der Hausunratsabfuhr und der Großmarkthalle blieben nur 20 Prozent übrig, der Schlacht- und Viehhof und der Wagenpark der Straßenbahn waren zu 65 Prozent zerstört, über 10 km Straßen waren unbefahrbar. Die Gesamtschadenssumme nach früheren Preisen und Werten betrug in München über vier Milliarden Mark. Dazu kamen noch die bekannten Ernährungs- und Kleidungsmängel sowie die große Wohnungsnot. München glich, um mit Thomas Winmer zu sprechen "mehr einen lebendigen Schutthaufen als einer Wohngemeinde". Wir mußten ganz von vorne anfangen.

Zehn Millionen cbm Schutt wurden geräumt, ehe mit dem Wiederaufbau begonnen werden konnte. Seitdem hat die Stadt für den Wiederaufbau fast 700 Millionen DM ausgegeben, wovon nur etwa zwei Drittel aus eigenen Einnahmen gedeckt werden konnten. Für die seit der Währungsreform aufgenommenen Darlehen müssen jetzt jährlich von den Steuerzahlern 25 Millionen DM für Zins und Tilgung aufgebracht werden.

Aber München hat es geschafft: die sauberen, modernen Geschäftsstraßen lassen nichts mehr von der schrecklichen Zerstörung ahnen. München ist wieder ein Einkaufszentrum der Bundesrepublik. Die Einrichtungen der Stadtverwaltung sind wieder intakt, die Krankenhäuser wieder in Ordnung, so daß mit den dringend notwendigen Neubauten begonnen werden kann. Die Stadtwerke liefern wieder ununterbrochen Strom, Gas und Wasser und Jahr für Jahr sind für die beiden Heizkraftwerke neue Anschlüsse notwendig. Die weißblaue Straßenbahn fährt zum

großen Teil mit neuen modernen Wagen und die Erinnerung an die Zeit, als die "Fahrgäste" noch zwischen den Wagen auf den Puffern standen, kommt einem heute ganz unwirklich vor. Allein in den letzten vier Jahren wurden 24 Volksschulen mit 13 Turnhallen, 150 Straßen mit 70 km Länge und 60 000 neue Wohnungen gebaut, davon mehr als 1/3 in den sozialen Wohnungsbauprogrammen.

Aber nicht nur die Stadtverwaltung hat gebaut. Private Betriebe, Landes- und Bundesbehörden und die Kirchen - alle haben zu dem großen Werk beigetragen. Münchens Wahrzeichen, der Dom und der "alte Peter", stehen wieder, die Residenz mit dem wundervollen Savillétheater, das Deutsche Museum und die zahlreichen Galerien sind wieder in alter Pracht erstanden. Neue Stadtviertel haben sich gebildet, neue Vorlage und Industriebetriebe haben sich angesiedelt. München ist heute wieder die deutsche Fernverkehrsmetropole und hat sich nach dem Kriege auch zur größten Industriestadt Bayerns entwickelt. Der Münchner Anteil an der bayerischen Produktion beträgt 13 Prozent, nach dem Jahresumsatz von 4,3 Milliarden DM sogar 17 Prozent. Die 16 000 Handwerksbetriebe haben einen Jahresumsatz von 1,7 Milliarden DM. Über 25 000 Studenten sind in den vier akademischen Bildungsetätten (Universität, Technische Hochschule, Akademie der bildenden Künste und Staatliche Musikhochschule) eingeschrieben.

Der Wiederaufbau der Bayerischen Landeshauptstadt ist das Werk der ganzen Bürgerschaft. Die Verdienste von Thomas Wimmer, der von 1945 bis 1960, zuerst als Bürgermeister und dann als Oberbürgermeister, die Geschichte dieser Stadt mitbestimmte, bleiben unvergessen. Ihm zur Seite stand ein aufgeschlossener Stadtrat, in dem die Sozialdemokraten heute mit 34 von 60 Sitzen die Mehrheit haben. Inzwischen ist die Stadt von Jahr zu Jahr um 30 000 Einwohner bis auf 1 080 000 angewachsen, aber das Wohnungsproblem trotz aller Bemühungen noch nicht beseitigt. Das Verkehrsproblem wird durch die ständig zunehmende Zahl von Kraftfahrzeugen - heute sind es bereits 180 000 - immer schwieriger. Große Aufgaben harren noch der Lösung.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel